

Links informiert

3 Gregor Gysi an der Uni Potsdam/
Zum Brandenburger Haushalt 2012

Potsdam-West/Ortsteile

6–8 „Westkurve“/Tram nach Eiche?/
Theaterklausur/Luftschiffhafen

Forum

11 Behindertenreport erschienen/
Fortbildungsmöglichkeiten

Man sieht sich ...

... zum 22. Sommerfest der LINKEN am 20. August im Neuen Lustgarten



Ein Schnappschuss vom 21. Sommerfest.

Mehr spalten als versöhnen

Seit nunmehr einem Jahr arbeitet die Enquete-Kommission des Landtages mit dem langen Titel „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Seit Beginn der Arbeit gab es regelmäßig viel öffentlichen Trubel, zuletzt wegen angeblich ungenügender Stasi-Überprüfung in Landesregierung und Landtag.

Zur Erinnerung: Auf Antrag von 31 Abgeordneten von CDU, FDP und Grünen hatte der Landtag im März 2010 die Einsetzung einer Enquete-Kommission beschlossen. Auf Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE wurde zudem der Arbeitsauftrag der Enquete-Kommission erweitert. Obwohl Enquete-Kommissionen per Gesetz in die Zukunft gerichtet sein und dem Landtag Empfehlungen für künftige Entscheidungen geben sollen, untersucht dieses Gremium primär die Vergangenheit. Nach Wunsch von CDU, FDP und Grünen soll nach 20 Jahren Rückschau gehalten und geprüft werden, ob es im Prozess der demokratischen Umbildung Brandenburgs Versäumnisse oder Fehler gegeben hat.

Bisher ist die vermutete Absicht der Opposition, einen Skandal nach dem anderen aufzudecken, nicht immer aufgegangen. Der Wandel in Brandenburg und die Anfangsjahre des neuen Bundeslandes waren anders als in anderen Ländern – geprägt von Gemeinsamkeiten und Rücksichtnahme. Genau hier liegt der „Skandalisierungswille“ der Opposition – das Modell „Brandenburger Weg“ im Nachhinein zu diskreditieren und Geschichte in einer bestimmten Ausrichtung zu definieren. Dem haben die Experten bisher durch ihre wissenschaftlichen Arbeiten zum großen Teil eine Absage erteilt. Aber dennoch gibt es auch Untersuchungen, die – eher von politischer Motivation als von objektiver Wissenschaftlichkeit geleitet – das Feld für eine „Skandalisierung“ bereiten. Die daraus erwachsenen Debatten haben mit ihrem diskreditierenden Charakter eher das Ziel zu spalten als zu versöhnen. Dem stellt sich DIE LINKE im Landtag klar entgegen.

Peer Jürgens
Mitglied des Landtages
Mitglied der Enquete-Kommission

Zum 22. Mal lädt die Potsdamer LINKE zum Sommerfest ein. Neben Infoständen des Kreisverbandes sowie der Stadt- und Landtagsfraktion der Partei laden wieder viele Mitwirkende zum Verweilen ein. So sind u. a. dabei: Ein Kaffee- und Kuchenbasar, die AG Senioren, ein

Stefan Ludwig will Vorsitzender der LINKEN in Brandenburg werden

Bei der Klausurtagung des Landesvorstandes der Brandenburger LINKEN am 24. und 25. Juni 2011 in Erkner erklärte Stefan Ludwig, im Februar 2012 als Landesvorsitzender zu kandidieren. Darüber hinaus erklärten bisher weitere 10 Mitglieder des Landesvorstandes, darunter die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann und der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Helmut Markov, für eine erneute Kandidatur für den Landesvorstand zur Verfügung zu stehen.

Stefan Ludwig war 1990 der jüngste Landtagsabgeordnete in Brandenburg und gehörte dem Landtag an, bis er 2001 für 8 Jahre zum Bürgermeister der Stadt Königs Wusterhausen gewählt wurde. Im Jahr 2009 wurde er erneut in den Landtag von Brandenburg gewählt.

Er wurde 1998 Mitglied der PDS, war von 1999 bis 2003 und 2005 bis 2007 stellvertretender Landesvorsitzender der PDS, 2002 und 2003 war er Mitglied des Parteivorstandes der PDS.

Buchbasar, eine Sponsorenpreisverlosung, das Neue Deutschland, der Unternehmerverband OWUS, die Potsdamer Fischerei Mario Weber, der Kleine Buchladen sowie der Märkische Verlag, um nur einige zu nennen.

Und hier ein Überblick über das Programm:

13.45 Uhr: Big Band Bläser United

14.10 Uhr: Eröffnung/Begrüßung

14.15 Uhr: Leierkastenfrau Carmen Viola Edel

14.45 Uhr: Talk zur Landespolitik mit Kerstin Kaiser, Anita Tack und Volkmar Schöneburg.

15.00 Uhr: Kinderbereich: Kinderbetreuung mit Hüpfburg, Basteln, Schach, Locci & Froken Fredi.

15.15 Uhr: Musikmix

16.00 Uhr: Talk zur Stadtpolitik mit Sascha Krämer, Hans-Jürgen Scharfenberg, Vertretern von Bürgerinitiativen

16.30 Uhr: Big Band Bläser United

16.50 Uhr: Tombola

17.15 Uhr: Furiosa Samba Band

17.30 Uhr: Brassappeal

18.30 Uhr: Furiosa Samba Band

19.00 Uhr: Skaltitzer

20.00 Uhr: Les Calcatoggios

21.00 Uhr: Bonsai Kitten

(Stand zum Redaktionsschluss)

Auf ein Wort...



Die Lüge ist die Mutter aller Kriege

Am 6. August 1945 - vor 66 Jahren also - wird über Hiroshima die erste militärisch eingesetzte Atombombe gezündet. Ein gigantischer Feuerball mit einer Innentemperatur von einer Million Grad Celsius stülpt sich über die japanische Stadt, fegt mit einer Hitzewelle von 6.000 Grad durch die Straßen, kein Stein bleibt mehr auf dem anderen, im Explosionszentrum sind 90 Prozent der Menschen auf der Stelle tot, mindestens 70.000 sind es, viele von ihnen verdampfen buchstäblich, oft bleiben von ihnen nur Schattenrisse, die der Atomblitz in die Hauswände brennt. Bis heute, 66 Jahre danach, sterben dort immer noch Menschen an ihren Verletzungen, an Krebs aufgrund der Nuklearstrahlung, zusammengerechnet sind es mehr als 140.000. Die Bombe, die dies alles angerichtet hat, hieß ganz unschuldig: „Little Boy“. Und die zweite nukleare Vernichtungsbombe, die drei Tage später Nagasaki mit Mann und Maus verbrannte, auch deren Name täuschte über ihren barbarischen Bestimmungszweck hinweg – sie trug den Namen „Fat Man“. Die Militärs hatten ihre Killermaschinen so getauft, folgend ihrem Credo des Tarnens und Täuschens, mit dem sie bis heute versuchen, uns mit euphemistischen Taschenspielertricks hinters Licht zu führen.

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

Kriege brauchen Begründungen. Der Zweite Weltkrieg begann mit der Lüge vom Überfall auf den Sender Gleiwitz. Bei George W. Bush reichte im Irak als Begründung die Suche nach angeblichen Massenvernichtungswaffen. Bei Bismarck taten's schon ein paar Federstriche, und fertig war die Emser Depesche. Im Jugoslawien-Krieg musste eine Zeichnung herhalten, der „Hufeisenplan“. In Vietnam brauchte man immerhin ein hochseetaugliches Schiff für den Tonkin-Zwischenfall. Manchmal genügt auch schon ein einzelnes Kleidungsstück, eine Burka zum Beispiel... Alles erstunken und erlogen. Denn die Lüge ist die Mutter aller Kriege, sie rechtfertigt ihn, hält ihn am Leben, entfacht neue. „Litte Boy“ und „Fat Man“ sind keine niedlichen Comic-Figuren, sondern Ausgeburten blinder Barbarei. Das ist die schmutzige Wahrheit. DESHALB: Durchkreuzen wir die Strategie der Militärs, indem wir gegen das mediale Sperrfeuer, das tagtäglich auf uns niedergeht in diesem Krieg der Bilder und der Lügen, unsere schärfste Waffe einsetzen: Unseren Verstand.

Bernd Martin,
Chefredakteur

„Der Schoß ist fruchtbar noch ...“

Zum Weltfriedenstag 2011 von Dr. Frank Baier, Friedenskoordination Potsdam

Seit Beginn der 1950er Jahre wurde in der DDR – und seit 1957 in der Bundesrepublik – mit dem 1. September als „Weltfriedenstag“ an den Beginn des 2. Weltkrieges im Jahre 1939 erinnert. Heute scheint dieser Tag wichtiger als jemals zuvor zu sein. Von der Politik wird zwar immer wieder der fast dauerhafte Frieden in Europa während der letzten Jahrzehnte beschworen. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Einerseits wird der NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien im Jahre 1999 unter den Tisch gekehrt. Andererseits darf nicht vergessen werden, dass es inzwischen außerhalb Europas eine große Zahl von Kriegen gibt, von denen die im Irak, in Afghanistan und in Libyen nur die markantesten Beispiele sind. Auch für Deutschland ist Krieg wieder zur „Normalität“ geworden, seitdem laut Struck „unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt wird“ und „im Zweifel auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren“ (Köhler). Diese These von der Wahrung „unserer Interessen“ wird auch deutlich, wenn von den Leistungen der Bundeswehr für „Frieden und (unsere) Freiheit“ die Rede ist. Der Trend setzt sich fort mit den Thesen vom „gerechtfertigten“ Krieg (de Maiziere)

und vom „hinzunehmenden Krieg“ (EKD-Ratsvorsitzender Schneider), erinnert an die Worte von Friedrich II., dass „man Kriege heimlich beabsichtigen, friedliche Gesinnung aber zur Schau tragen müsse“ und an den Aufruf zum „gerechtfertigten“ 1. Weltkrieg: „Wir ziehen in den Kampf für unsere Kultur gegen die Unkultur, für die deutsche Gesittung, gegen die Barbarei, für die freie deutsche an Gott gebundene Persönlichkeit ...“ (Oberhofprediger Ernst von Dryander, 1914). Dazu passen auch die Vereidigung von Bundeswehrgoldaten am 6. Mai 2011 vor dem im Jahre 1896 von Wilhelm II. eingeweihten Kyffhäuserdenkmal, wo der Kaiser Barossa auf die „Erfüllung des Traumes von der Wiederherstellung des mittelalterlichen Reiches der Staufer“ wartet und der beabsichtigte Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche, in der der Hofprediger Rogge seine den Krieg verherrlichenden Andachten hielt und von der Hitler sagte: „Es gibt kein höheres Symbol, als ... an der Bahre des großen, unsterblichen Königs in der Garnisonkirche das neue Werk des deutschen Wiederaufbaus zu beginnen.“ Wir müssen uns am 1. September an die Worte von Bertolt Brecht erinnern: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“

„Du hast eine schmutzige Feder...“

„... die musst du mal putzen“ – ein Satz, der zur Zeit der Federkiele auf diese zielte, wenn sie abgeschrieben waren und klecksig wurden. Später wandelte sich der Sinn des Spruchs. Man bezeichnete Schreiberlinge damit, die in voller Absicht und sogar böswillig (nicht satirisch) Menschen, Ereignisse und Denkweisen verunglimpfend auf Korn nahmen, um damit ihren Gegner zu treffen, wenn nicht gar in der publizistischen Welt zu vernichten.

Diese Gattung Journalisten ist nicht ausgestorben. Auch wenn sie heute keine „Feder“ mehr nutzt sondern den PC. Karim Saab (auf der Beschäftigungsliste der MAZ) bewies das in seinem Nachruf auf Walter Flegel zum wiederholten Male. Diesmal stieß er damit auf massive Gegenwehr der Leser. Sie kannten und schätzten den Geschichten- und Gedichte-Verfasser Walter Flegel in seiner Mensch-

lichkeit, seiner Geradlinigkeit und Einsatzfreude, anderen das Schreibenlernen zu erleichtern.

Doch zurück zu K. S., der kaum eine Gelegenheit auslässt, DDR-Biografien oder -Ereignissen einen negativen Anstrich zu verpassen. Und das nicht erst seit heute. Vor etwas über 10 Jahren meldete sich der in Potsdam bekannte und geschätzte Dr. H. Turley zu Wort und setzte sich mit einem K.-S.-Pamphlet „Texte eines alten Säulenheiligen“ (erschieden in der MAZ, 16.06.2000, Seite 8) auseinander. Unter der Überschrift „Verbale Angriffe gegen eine beeindruckende Veranstaltung“ war am 21. Juni 2000 Turleys Leserbrief zu lesen: „Nachdem das Literatur-Kollegium Brandenburg e.V. am 14. Juni seine Gedenklese zum 110. Geburtstag von Hans Marchwitza durchgeführt hatte, durfte man gespannt darauf warten, wer dieses „Sakrileg gegen den Geist der heu-



Hiroshima

(1955 nach dem Gedicht von Nazim Hikmet)

*Ich bin ein Mädchen von sieben Jahr,
gestorben in Hiroshima,
und geh von Tür zu Tür,
bittend um eine Unterschrift.*

*Ich klopfe an Deiner Türe an,
- bei wieviel Türen ich schon war! -
wenn mich auch keiner sehen kann;
denn die Toten sind unsichtbar.*

*Ich lebte in Hiroshima.
Das ist 10 Jahre her.
Jetzt bleib ich für immer sieben Jahr'.
Tote Kinder wachsen nicht mehr.*

*Gib mir Deine Unterschrift.
Kein neues Hiroshima!
Damit es nie mehr Kinder trifft,
wie mich mit sieben Jahr'.*

(Gesungen 1985 von Maria Farantouri
und Zülfü Livaneli, Verlag „pläne“)

„Kriegsverrat“ – das neue Buch von Jan Korte und Dominic Heilig

Ende Mai 2011 erschien das neue Buch „Kriegsverrat – Vergangenheitspolitik in Deutschland“ von Jan Korte (MdB, DIE LINKE) und Dominic Heilig im Berliner Karl Dietz Verlag.

Über vier Jahre debattierte der Bundestag in der vergangenen Legislaturperiode über die Rehabilitierung sogenannter Kriegsverräter. Dabei verweigerten sich zu Beginn der Debatte nicht nur konservative Kreise der Benennung der NS-Militärgerichtsbarkeit als das, was sie war: blutiges NS-Unrecht.

Jan Korte und Dominic Heilig haben ihre Erfahrungen mit Koalitions- und Fraktionsdisziplin, dem Zusammenspiel von Medien und Politik, der Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik und der Durchsetzungsfähigkeit der LINKEN in dem Buch zusammengetragen, welches Ende Mai veröffentlicht wurde.

Das Buch kann im Online-Shop der Tageszeitung „Neues Deutschland“ oder im Buchhandel bestellt werden.

„Kriegsverrat – Vergangenheitspolitik in Deutschland“, 208 Seiten, Preis: 14,95 €

tigen Zeit“ nutzen würde, antifaschistische Vorurteile zu artikulieren bzw. sie zu bedienen. Wegen seiner Übung in diesem Geschäft war Herr Saab dafür wohl besonders geeignet. Seine verbalen Angriffe lassen an Marchwitza und an denen, die ihn ehrten, kein gutes Haar... Nur so ist zu verstehen, dass er (Herr Saab) dem Autor des Satzes „Kultur ist jeder zweite Herzschlag unseres Lebens“ unterstellt, er hätte sich wohl im Grab umgedreht, wenn er das gehört hätte (er meint die musikalische Begleitung durch Christian Lau).“ Turley schrieb weiter: „Der Verfasser des Artikels hätte es offenbar gern,

dass man den „alten Säulenheiligen“ – der Marchwitza nie war – wie einen räudigen Hund behandelt und in Vergessenheit geraten lässt. Darauf würde Marchwitza möglicherweise mit den Worten reagieren, die er auf dem 1. Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur im Juni 1935 den Delegierten zurief: „Durch nichts unterkriegen lassen. Zeige, dass du stärker bist als alle Widerwärtigkeiten.“ Dem ist nichts weiter hinzuzufügen als der Rat an die Adresse von Herrn Saab: Putzen Sie mal ihre Feder!

Else Grete, Potsdam, Am Stern

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam
Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeiter; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12,000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILD/DAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Warum Gregor Gysi gegen den drohenden Verlust der Demokratie kämpft

Der Hörsaal auf dem Campus Griebnitzsee, in den die Hochschulgruppe die linke.sds Potsdam am 30. Juni 2011 eingeladen hatte, war randvoll mit ca. 350 Studierenden aller Fächer. Hier und da war noch ein Platz zu finden, doch es war zu sehen, dass einige reguläre Vorlesungen der Universität Potsdam bestimmt nicht einen derartigen Ansturm auslösen könnten. Der geladene Referent an diesem Abend, der dieses Interesse wecken konnte, war kein geringerer als der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Dr. Gregor Gysi. Doch wer eine von Gysis leichten, langen, politischen Reden erwartete, die zwar die Dinge immer auf den Punkt zu bringen pflegen, sich aber doch durch hohe Verständlichkeit und auch Ironie auszeichnen, wurde enttäuscht. Gysi begann mit den Worten: „Ich wurde eingeladen, eine Vorlesung zu halten, und die bekommen Sie jetzt auch.“ Was dann folgte, war eine politik- und rechtswissenschaftliche Vorlesung zum Thema „Warum (linke) Politik“, bei der Gysi zeigen konnte, wofür er sich den Dokortitel verdient hatte.



Nach einem Abriss über die Entstehung von Staatsgewalt erklärte er die Entwicklung hin zu bürgerlichen Gesellschaften, die das Volk als Souverän sahen, und dass in dem Moment, als die Klassenkämpfe im 19. Jh. aufbrachen, Staatsgewalt zur Stabilisierung der bürgerlichen Gesellschaft führte. Von dort aus konnte er auch erklären, weshalb die Gesellschaft in der DDR keine echte sozialistische Gesellschaft war, denn

es gab immer noch eine Staatsgewalt, die sich jedoch bei wirklicher Auflösung der Klassenkämpfe auch selbst auflösen könne. Von dort postulierte er den Satz „Eine wirkliche Linke kann es heute nur noch als demokratische Linke geben.“

Heute, nach dem gescheiterten Sozialismus im 20. Jh., bestehe nach Gysi aber eine echte Gefahr für die Demokratie. Er mochte diese in ei-

nem „Konsens des Establishments“ erkennen, den er an fünf Punkten zu beweisen suchte:

1. Dem eingeschränkten Zugang zu materiellen Ressourcen
2. Dem privilegierten Zugang der Lobby zur Einflussnahme auf Politik
3. Dem Gegensatz zwischen demokratischer Öffentlichkeit und der ökonomischen Macht
4. Dem Einfluss von ökonomischer Macht auf politische Entscheidungen
5. Der Abgabe von demokratischen Entscheidungen auf die (nicht gewählte) Europäische Ebene (Europäische Kommission)

All diese Dinge, die heute in der Politik Tatsachen sind, führen dazu, dass nur noch ein eingeschränkter Kreis von Menschen auf die politischen Entscheidungen Einfluss nehmen könne. Und dies motiviere ihn dazu, Politik zu machen. Interessante Einblicke in die Gedankenwelt eines Spitzenpolitikers jenseits der Marktplatzreden. Danke, lieber SDS, für den gelungenen Abend.

Ronny Besançon

Das Land nicht kaputt sparen

Interview zum Beschluss des Haushaltsentwurfes 2012 mit Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE)

Wie sieht die Finanzlage des Landes Brandenburg aus?

Brandenburg erhält in den kommenden Jahren deutlich weniger Geld aus Europa und aus dem Länderfinanzausgleich. Die Steuereinnahmen des Landes steigen erfreulicherweise an, aber nicht in der gleichen Höhe, um diese Verluste ausgleichen zu können. Deshalb werden wir mit weniger Geld klüger umgehen müssen, denn wir wollen das Land nicht kaputt sparen.

Zugleich hat sich die Landesregierung vorgenommen, aus der Schuldenfalle zu kommen. Wir wollen bis 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, also keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Damit sind große Anstrengungen verbunden.

Gibt es also ein hartes Sparprogramm?

Wir müssen jährlich 200 bis 300 Millionen Euro sparen. Das machen wir aber nicht mit der Rasenmäher-Methode. Wir halten an unseren politischen Prioritäten fest. Es gibt also keine Kürzungen bei sozialen Projekten der rot-roten Koalition. Bei der Kultur und beim Sport wird kein einziger Cent gespart. Und auch Kitas bleiben verschont. Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die Technologieförderung erhalten ihren prioritären Status.



Und doch wird im Bildungsressort gespart!

Nein und Ja. Der Etat des Bildungsministeriums ist bereits im Haushalt 2011 um 70 Millionen Euro erhöht worden. Auch im kommenden Jahr bekommt das Bildungsministerium mehr Geld. Das liegt unter anderem daran, dass die Lehrerinnen und Lehrer deutliche Tarifierhöhungen bekommen. Und doch muss das Bildungsministeri-

um auch Einsparungen vornehmen. Wir haben dies erreicht, ohne Kürzungen vorzunehmen. Die erforderliche Einsparsumme von 25 Millionen entstammt aus unverbrauchten Rücklagen des Ministeriums. Dass Bildung weiterhin unser Schwerpunkt bleibt, zeigt sich daran, dass die Landesregierung noch in diesem Jahr 100 Lehrer mehr einstellen wird als ursprünglich geplant. Wir erhalten weiterhin die Schüler-Lehrer-Relation von 15:4,

das Schüler-BaFöG wird weiter gezahlt, die Musikschulen werden besonders gefördert, der Landesjugendplan wird nicht angetastet. Sparen, wie man daran gut erkennen kann, ist nicht identisch mit Kürzen.

Trotzdem formiert sich Protest – vor allem von den freien Schulen.

Ja, und das obwohl die freien Schulen auch mit dem kommenden Haushalt mehr Geld bekommen werden als im Vorjahr, weil die Schülerzahlen dort wachsen. Aber sie werden nicht so viel erhalten, wie sie selbst gefordert haben. Das stimmt. Trotzdem ist genau das so von der Landesregierung gewollt. Wir halten eine Besserstellung von privaten Schulen gegenüber öffentlichen Schulen nicht mehr für gerechtfertigt. Trotzdem wird keine einzige freie Schule schließen müssen, denn Brandenburg fördert sie im Ländervergleich immer noch mit einem der höchsten Sätze.

Und wo wird nun konkret gespart?

Wir sparen v.a. im Hoch- und Straßenbau, bei den Investitionen und müssen leider, wenn auch nur minimal, die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ zurückfahren.

Online-Umfrage

Auf unsere Frage

„Wie zufrieden sind Sie mit dem Agieren des Oberbürgermeisters in der so genannten Stadtwerkeaffäre?“

antworteten **0 %** mit „sehr zufrieden“; **7,7 %** mit „zufrieden“; **19,2 %** meinten „wenig zufrieden“ und **73,1 %** antworteten „gar nicht zufrieden“.

Unsere Frage für August lautet:

„Soll öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert werden?“

Stimmen Sie ab unter www.dielinke-potsdam.de

Der Haushalt 2012 kurz zusammengefasst

Das Gesamtvolumen des Haushaltes 2012 umfasst mit einem Zuwachs von 8,9 Millionen Euro oder knapp 0,1 Prozent im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr 2011 insgesamt rund 10,1 Millionen Euro. Gekennzeichnet ist der Haushalt 2012 insbesondere von verschiedenen unvermeidbaren Mehrausgaben, die es galt aufzufangen. Dazu gehören **erstens** die Auswirkungen des Tarifabschlusses vom März 2011 und dessen Übernahme für die Beamten, welche die für 2012 getroffene Vorsorge um 54 Millionen Euro übersteigen werden. Um weitere 70 Millionen Euro steigen **zweitens** die Zuweisungen an die Kommunen aufgrund der Steuermehreinnahmen in den Jahren 2010 bis 2012 gegenüber der bisherigen Planung für das Jahr 2012. **Drittens** muss das Land in seiner Rolle als Grundstückseigentümer Altanschießerbeiträge an die Abwasserzweckverbände entrichten. Hier sind für 2012 35 Millionen Euro eingeplant. Allein diese drei Positionen summieren sich auf 160 Millionen Euro. Stabile bzw. leicht ansteigende Ausgaben sind in den Bereichen Bildung, Soziales, Wissenschaft und Forschung, Kultur, Technologieförderung vorgesehen und auch die kommunale Finanzausstattung wird erhöht.

August 1921

Kriegsopfer im Nachkrieg

Am 28. August 1921 versuchen 50.000 Demonstranten aus Berlin, Potsdam und Nowawes, den Aufmarsch während der „Tannenberg-Feier“ in Potsdam zu verhindern. Die Schlacht bei Tannenberg (Ost-

preußen) vom 26.–31. August 1914 war die einzige während des Ersten Weltkrieges, in der es den deutschen Truppen gelang, eine große militärische Formation des Gegners durch Umfassung zu ver-

nichten. Das Gedenken an diese – mit Sicherheit überbewertete Schlacht – sollte den Glauben an die Größe der deutschen Armee wach halten und damit die „Dolchstoßlegende“ glaubhafter machen.

Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei kommen Ernst Degner und Robert Franke ums Leben. Die aus Berlin stammenden Arbeiter gehörten linken Gruppierungen an.

August 1951

Im August blüh'n die Rosen

Der Potsdamer Teilnehmer an den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten vom 05. - 19. 08. 1951 in Berlin, Horst Jäkel, schreibt in seinen Erinnerungen: „Ich hatte das Glück, einer Massensport-Gymnastik-Gruppe anzugehören, die sich fast 3 Wochen im Raum Berlin aufhielt, um zu trainieren und dann mehrmals öffentlich in Berlin aufzutreten. So kam ich zum ersten mal nach Potsdam, wo wir am Luftschiffhafen trainierten. In Berlin hatten wir in einem großen Saal der Staatsbibliothek unser Quartier. Etwa 300 Sportler schliefen auf Stroh in einem Raum. In der Zeit der Lebensmittelkarten war es uns eine besondere Freude, dass wir ausreichend mit Erbsuppe aus der Gulaschkanone sowie mit beliebten „Fressbeutel“ versorgt wurden. Die Verpflegung war so kalorienreich, dass wir nicht nur unsere Gymnastik absolvieren konnten, sondern ganz freiwillig die vielen Möglichkeiten zum Erwerb eines Sportabzeichens (Weit-

sprung, Kugelstoßen, 100-m-Lauf) in Anspruch nahmen. Die Freizeit nutzten wir, um die freie, kostenlose Fahrt in Ost- und Westberlin mit S- und U-Bahn voll auszukosten und die Stadt kennen zu lernen. Es fing alles ganz friedlich an und wurde bald sehr politisch, als Westberliner Polizisten auf Jugendliche einprügelten. Jugendliche Neugier und Vertrauensseligkeit bewogen mich, einem „Sportsfreund“ mit Westerausfahrt zu einem Bummel durch Neukölln zu folgen. Wir landeten in der Karl-Marx-Straße in einem „Jugendtreff“, in dem wir „großzügig“ mit Schokoladensuppe gefüttert und anschließend aufgefordert wurden, einige Kilo „Tarantel“ (übles Hetzblatt gegen DDR und UdSSR) in den Osten zwecks gezielter Verteilung mitzunehmen. Instinktiv merkte ich, dass etwas faul war. Später erst lernte ich, was westliche Geheimdienste sind und welche Methoden zur Agentenwerbung für diese typisch sind. Nach diesem prägenden Erfahrungssammeln beendete ich meine „Westexkursionen“ und besuchte zahlreiche Auftritte von Chören, Tanzensembles, Sportgruppen und sonstige Veranstaltungen im Osten. So begegnete ich vielen jungen Menschen, denen die Friedenssehnsucht und Völkerfreundschaft Herzenssache waren. Zahlreiche Automobile von Festivalteilnehmern aus allen Erdteilen kamen in meinen Besitz. Ich habe diese bis heute aufbewahrt als wert-



volle Beweise aus einer hoffnungsvollen Zeit. Wenn mich unsere Enkel danach fragen, dann spreche ich mit Freuden darüber!

Sicher wurden bei zahlreichen Demonstrationen Transparente mitgeführt, die einem Personenkult geschuldet waren. Für den größten Teil der damaligen Jugend war das – meiner Ansicht nach – nicht das Wesentliche. Das Dominierende war 1951 in Berlin ein friedliches, völkerverbindendes Jugendtreffen.“

Dank auch an Potsdam

Zur Finanzierung der III. Weltfestspiele 1951 wurde eigens eine Lotterie ins Leben gerufen. Am 23. August 1951 zieht aus den letzten 40 Losen der Weltfestspiellotterie Herr Appelt aus Potsdam einen Großgewinn - ein Motorrad.

Die Potsdamer Einwohner hatten das Ihre dazu beigetragen, die III. Weltfestspiele zu einem Erfolg werden zu lassen. So konnte Otto Meier, Landtagspräsident und Vorsitzender des Vorbereitenden Landeskomitees, am 30. August 1951 an den Potsdamer Oberbürgermeister Kurt Promnitz u.a. schreiben:

„An dem geordneten und mustergültigen Ablauf der Friedens-

manifestation [...] hat auch unsere Landeshauptstadt Potsdam ihren Anteil. Sie hat den begreiflichen Wunsch von vielen Zehntausenden von Teilnehmern des großen Festivals, die historisch denkwürdigen Stätten der Landeshauptstadt kennenzulernen, in der gastfreundlichsten Weise Rechnung getragen. Unsere Gäste haben neben den Baudenkmalern mit den Anlagen des alten Potsdam auch das neue Potsdam gesehen, das vor allen von Cecilienhof, jener denkwürdigen Stätte des Potsdamer Abkommens, dank Generalissimus Stalin im Willen zum Frieden seinen Wiederaufbau zu einem neuen demokratischen Geist herleitet.

Dieses neue Potsdam, das im festlichen Gewand seiner geschmückten Häuser, Straßen und Plätze durch die lebhafteste Beteiligung seiner Einwohnerschaft und in der Betreuung, Fürsorge und Führung allen unseren Gästen einen so herrlichen, festlichen und würdigen Empfang bereitete, hat bei ihnen – wie sie immer wieder versichert haben – unvergessliche Eindrücke hinterlassen. Sie kamen als Gäste und haben Potsdam als Freunde verlassen...“

-rt



Links-historischer Stadtspaziergang durch Babelsberg

August 2011

Der Ortsverband der LINKEN „Babelsberg / Zentrum Ost“ lädt am 18.08.2011 um 17 Uhr zu einem links-historischen Stadtspaziergang durch Babelsberg ein. Der

Treffpunkt ist vor dem Kulturhaus Babelsberg. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Frau Dr. Almuth Püschel (Historikerin und Germanistin) führt durch das Zentrum von Babelsberg und berichtet über die lokale Geschichte der Arbeiterbewegung

des 19. und 20. Jahrhunderts in Nowawes, Neuendorf und Neubabelsberg. Der Spaziergang geht über ca. 3 km in 1,5 Stunden.

Zu Gast in Dolny Slask

Die letzten Tage vor der Sommerpause nutzten die Mitglieder des Landtags-Europaausschusses - kurz vor Beginn der Polnischen Ratspräsidentschaft am 1. Juli - für eine Fahrt nach Wroclaw, dem früheren Breslau.

Brandenburg hat keine gemeinsame Grenze mit der Woiwodschaft Dolny Slask (Niederschlesien), das Interesse an gutnachbarschaftlichen Beziehungen ist dennoch groß. Zusammen mit drei westpolnischen Woiwodschaften und drei Bundesländern arbeiten beide Regionen seit 2006 im Rahmen der „Oderpartnerschaft“ zusammen. Die bilateralen Beziehungen sollen jetzt vertraglich abgesichert werden.

Es muss dabei vor allem um konkrete Vorhaben gehen, die bei

den Partnern nutzen. Anregungen dafür haben wir in den drei Tagen in Hülle und Fülle bekommen: So könnten Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen stärker miteinander kooperieren. Jürgen Maresch hatte z. B. die Idee, eine Zusammenarbeit zwischen dem Cottbuser Staatstheater und der Oper in Wroclaw anzustoßen. Großes Interesse gibt es, die neue EU-Förderperiode ab 2014 gemeinsam vorzubereiten - erste Gespräche dazu hat Gerlinde Stobrawa verabredet. Und dann gibt es noch etliches im Bereich der Infrastruktur zu tun. Nicht nur bei der Kooperation des BBI mit dem neuen Flughafen Wroclaw, sondern auch auf der Schiene: Unsere Rückreise nach Berlin dauerte (samt der „normalen“ Verspätung)



Polen bereitet sich vor auf die Fußball-EM 2012: Das Stadion in Wroclaw.

sechseinhalb Stunden. In den 30er Jahren benötigte man für diese

Strecke 2 Stunden und 45 Minuten... Renate Harcke, MdL

Wenn der Beichtstuhl zum Pranger wird

In der Vergangenheitsdebatte hat die Opposition nach Aussage der mitregierenden Linken wesentliche rechtsstaatliche Positionen preisgegeben. Unter anderem Grünen-Fraktionschef Axel Vogel betreibe „Aufforderung zum Rechtsbruch“, sagte Justizminister Volkmars Schöneburg (LINKE) Anfang Juli auf einer Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Potsdam.

Vogels Forderung nach flächendeckender Überprüfung der Justiz würde laut Schöneburg bedeuten, rechtsstaatliche Verfahren auf breiter Front in Frage zu stellen. „Das wäre verfassungswidrig, und es wäre rechtsstaatswidrig.“ Vogel offenbare damit ein Rechtsstaatsverständnis, wie es in Ostdeutschland 1990 überwunden worden sei. „Nicht die Politik darf Maßstab des Rechts sein, sondern das Recht

Maßstab der Politik“, unterstrich der Justizminister.

Mit ihrer Forderung seien die heutigen Grünen drauf und dran, den Bürgerwillen von 1990 zu enteignen, fuhr Schöneburg fort. Denn rechtsstaatliches Verhalten und die Abkehr von Willkür sei damals eine zentrale Forderung der Bürgerrechtler gewesen. Doch mit dem Blick auf den handelnden Personenkreis sagte Schöneburg: „Es sind leider nicht mehr dieselben“.

Der Minister kritisierte auch die eigene Fraktion. Von ihr hätte er sich in der Auseinandersetzung „gewünscht, dass sie mehr dagegenhält“, bekannte er. Schöneburg wehrte sich gegen das Bild von einer „stasi-verseuchten Justiz in Brandenburg“. Es habe vor der Übernahme in den Justizdienst in jedem Falle eine rechtsstaatlich abgesicherte und demokratisch le-

gitimierte Einzelfallprüfung stattgefunden. Wenn heute in Einzelfällen Personen beschäftigt seien, die Kontakte zum MfS gehabt haben, dann sei das den zuständigen Personalkommissionen in jedem Fall bekannt gewesen. Es sei deren damalige Entscheidung zu respektieren, diesen Menschen dennoch den Weg in die Justiz zu eröffnen.

Mit Blick auf die West-Herkunft der meisten Grünen-Abgeordneten tadelte Schöneburg deren Mentalität, Ostdeutschen eine lebenslange Selbstkritik für ihr „angepasstes“ Leben von vor 1989 abzufordern. Da werde der „Beichtstuhl auf den Marktplatz verschoben und zum Pranger“ umfunktioniert. Doch hätten sich Westdeutsche unter anderen Lebensbedingungen ebenfalls angepasst.

Der Justizminister unterstrich, die PDS/LINKE in Brandenburg sei

eine Verfassungspartei und habe im Unterschied zur CDU einstimmig für diesen Kodex gestimmt. Dieser Sachverhalt sei nicht einmal allen SPD-Mitgliedern im heutigen Regierungskabinett bewusst gewesen.

Was Vertreter der Opposition in der Enquetekommission zur Vergangenheitsaufarbeitung betreiben, sei eine „Verleumdung des damaligen Transformationsprozesses“, sagte Fraktionschefin Kerstin Kaiser bei derselben Veranstaltung. Mit Kalkül würden rechtsstaatliche Grundsätze in Frage gestellt. Sie warf der Opposition und von ihr benannten „Wissenschaftlern, die sich so nennen“, vor, geschichtliche Wahrheiten festlegen und für Schule und Wissenschaft verbindlich machen zu wollen.

Wilfried Neißer

Wahlalter „16“ wird kommen!

Sicher kann man immer einiges besser und schneller machen. Aber Rot-Rot hat in seinem Koalitionsvertrag die Einführung des Wahlalters 16 vorgesehen. Der Gesetzentwurf der FDP liegt seit 10 Monaten vor. Dazu gab es im Innenausschuss eine umfangreiche Anhörung. SPD und LINKE haben sich für die Einführung des Wahlalters 16 Jahre und damit weitergehend als im Gesetzentwurf der FDP, auch bei Landtagswahlen und bei Volksabstimmungen, ausgesprochen. Zudem hat sich der Innenausschuss Ende Mai zu möglichen Änderungen in der Schweiz informiert. Im Hauptausschuss hat am 15. Juni eine Anhörung zur Ausweitung der direkten Demokratie stattgefunden.

Dabei hat sich ein insgesamt größerer Änderungsbedarf im Landesrecht gezeigt, insbesondere aber in der Landesverfassung. Da die notwendigen Änderungen der Landesverfassung einer Zweidrittelmehrheit im Parlament bedürfen, macht es aus unserer Sicht Sinn, in einer einzigen zusammenfassenden Änderung dann die notwendigen Gesetze zu ändern. Dann können auch GRÜNE und FDP zu Ihren Anträgen stehen. DIE LINKE steht zu ihren Positionen: Deutlicher Ausbau der direkten Demokratie und Wahlalter 16! DIE LINKE setzt sich seit Jahren für Änderungen des Volksabstimmungsgesetzes und für Veränderungen im Wahlalter ein. Zu unseren **Hauptforderungen** gehören:

► Die Einführung der Möglichkeit der Straßensammlung auf der Stufe des Volksbegehrens. Damit würde in Brandenburg lediglich der Stand eingeführt, wie er bereits in allen anderen ostdeutschen Bundesländern geregelt ist.

Das Quorum für Volksbegehren sollte auf 60.000 Unterschriften abgesenkt werden.

► DIE LINKE ist für eine gesetzliche Festschreibung einer obligatorischen Beratungsmöglichkeit vor ihrem offiziellen Start als Volksinitiative. Die Trägerin einer Volksinitiative kann sich hinsichtlich der formalen und materiell-rechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen der Antragstellung und der rechtlichen Vorgaben zur Durchführung beraten lassen.

► Die Verlängerung der Eintragungsdauer in Volksbegehren auf sechs Monate.

Die LINKE setzt sich auf der Volksentscheidsebene für die Übernahme der Praxis beim Volksentscheid über die Fusion von Berlin und Brandenburg 1996 ein. Jeder Abgeordnete sollte eine Information erhalten, in der neben dem Wortlaut des Volksentscheids und des Gesetzentwurfs oder des sonstigen Beschlusses die Argumente jeweils im gleichen Umfang der Trägerin der Volksinitiative einerseits sowie des Landtages andererseits darzulegen sind und in der auf weitere Informationsmöglichkeiten hingewiesen wird.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL

Aus für CCS in Brandenburg jetzt umsetzen

Auf ihrer Zusammenkunft am 9. Juli forderte die Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt der Partei DIE LINKE die Landtagsfraktion auf, gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD die Vorhaben zur Verpressung von CO₂ im Land Brandenburg zu beenden. Ausgangspunkt war das am 7. Juli im Bundestag verabschiedete CCS-Gesetz, das den Bundesländern einen Ausstieg aus der Technologie ermöglicht.

„Es kann nicht sein, dass CCS in einem Land als Risikotechnologie verboten, in einem anderen Bundesland aber als Wundertechnologie erprobt wird. Brandenburg würde zur flächigen Versuchsanstalt mutieren.“ so Norbert Wilke, Sprecher der LAG.

Gleichzeitig ist sich die AG Umwelt darüber im Klaren, dass der Abschied von der CCS-Technologie auch das Aus für neue Braunkohlelektrogebäude und die Rettung der von Umsiedlung bedrohten Dörfer in Brandenburg bedeuten muss.

„Mit dem bisher geplanten Umfang an Braunkohlenutzung können die Klimaziele von Bund und Land niemals erreicht werden. Das Land muss bei der Fortschreibung seiner Energiestrategie den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und den sofortigen Verzicht auf neue Tagebaue festschreiben.“ sagt Wilke.

Vor der Sommerpause durch SVV beschlossen

Auf ihrer 33. öffentlichen Sitzung vor der Sommerpause hat die Stadtverordnetenversammlung Potsdam u. a. auch einige wichtige Anträge der Fraktion DIE LINKE beraten. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, „die Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee wird langfristig erhalten bzw. durch einen gleichwertigen Neubau ersetzt.“ Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag der LINKEN, der sich mit „Bürgerbefragungen zur weiteren Entwicklung des Gartencityprojektes Drewitz und zur weiteren Entwicklung des Gewerbegebietes im Kirchsteigfeld“ befasst. Solche Bürgerbefragungen werden also zukünftig durchgeführt - „bevor Entscheidungen getroffen werden“.

Ein weiterer Antrag zu „Einzelfahrtscheinen für alle Fahrtrichtungen“ im VBB und den ViP wurde ebenfalls mit Mehrheit angenommen. Ein ähnlicher Antrag wurde vor einiger Zeit in der SVV abgelehnt, weil das Anliegen gegenüber dem VBB für nicht durchsetzbar erachtet wurde. Inzwischen gibt es jedoch Äußerungen aus dem VBB, dass das eine politische Entscheidung sei, die die Stadt zu treffen habe. Diese Entscheidung ist nunmehr gefällt worden. Der Oberbürgermeister ist beauftragt, über seine diesbezüglichen Bemühungen auf der SVV-Sitzung am 31. August 2011 zu berichten.

„Westkurve“ aktiv in Potsdam-West

Bei der Westkurve ist immer was los. Gemeint ist keine Laolawelle, sondern die Bürgerinitiative in Potsdam West, die seit einigen Jahren existiert und schon einiges für Familien und ihre Kinder geschafft hat. Da wird selbst angepackt, da wird geworben und der Verwal-



tung auch mal richtig auf die Nerven gegangen. Ein toller Spielplatz ist entstanden.

Hauptprojekt ist der Sportplatz Westkurve in der Hans-Sachs-Straße, der eine Initialzündung war, der geradezu dazu aufrief: Hier muss etwas geschehen. Viel freiwillige Arbeit ist bisher geleistet worden: Pläne entwickeln, diskutieren im Bildungsausschuss, Unterstützung im Fachbereich Bildung suchen, selbst Hand anlegen und einfach loslegen. So konnte man mit ehrenamtlicher Initiative mehr erreichen, als manch einer geglaubt hatte. Nun ging es seit Wochen um den Streit, welchen Belag erhält der Sportplatz, Kunstrasen oder Tennenbelag. Bürgerinitiative und Anwohner sprachen sich klar gegen Kunststoff aus. Diese Forderung „Tennenbelag“ ist bei der Abstimmung zum



Bürgerhaushalt 2012 weit vorn auf Platz 4 gelandet. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss Ende Juni die Realisierung dieses Vorschlages.

Wer Interesse hat, schaut auf

die Seiten www.westkurve-potsdam.de. Besser wäre, man kommt selbst vorbei, oder fragt, ob die Kinder beim Fußball oder Volleyball mitmachen können.

Karin Schröter

Verkehr im „Nadelöhr“ zwischen Havelufer und Sanssouci

So reizvoll die Lage von Potsdam-West zwischen Havelufer und Park Sanssouci ist, so problematisch ist dies für die Bewältigung der Verkehrsmengen der ständig wachsenden Stadt Potsdam. Für KFZ führt an der Zepelinstraße und der Geschwister-Scholl-Straße kein Weg vorbei. Die Belastung der Anwohner ist grenzwertig. Was können wir tun? Ich kämpfe für Verdichtung des Regionalbahnverkehrs von den Bahnhöfen Charlottenhof und Sanssouci nach Berlin ohne Umsteigen. Im übernächsten Jahr soll es Verbesserungen geben. Ich werbe für Nachjustierung sinnvoller Takte bei Straßenbahn und Bus. Ich unterstütze die

Prüfung einer Straßenbahnverlängerung bis zum Neuen Palais und zum Studentenwohnheim Eiche. Kein Verständnis habe ich für die Holzhammer-Agitation der Stadtverwaltung, die eine Straßenbahn quer durch Wohngrundstücke in Eiche propagiert und damit die Akzeptanz jeglicher Entwicklung schwer belastet hat. Ich will, dass die Fähre nach Hermannswerder auch abends fährt. Dies alles wird aber allein nicht ausreichen, den Straßenverkehr in Potsdam-West verträglich abzusichern. Nach mehrmaliger Beratung mit den Basisorganisationen des Stadtteils halte ich die vertiefte Prüfung des Projektes Havelspanne für unver-

zichtbar. Hier am Templiner See besteht die reale Chance für einen echten dritten Havelübergang am Templiner See, der ökologisch verträglich gestaltet werden kann. Damit könnten die Verkehrsspitzen auf den Hauptstraßen in Potsdam-West und in der Potsdamer Innenstadt wirksam entlastet werden. Die entstehenden Umverteilungen halten wir für verträglich im Interesse der Lebensbedingungen der Mehrheit der Einwohner. Es würde endlich gelingen, auch bei Havarien und Staus in der Innenstadt eine Ausweichmöglichkeit zu schaffen. Auch die Umlandgemeinden wie Caputh und die Innenstadt Potsdam könnten

bei einer Havelspanne durch verbesserten Lärmschutz Vorteile gegenüber heute erfahren, weil man nicht nur die Havelspanne; sondern auch die bestehende Eisenbahnstrecke über den Templiner See mit gläsernen Lärmschutzwänden einfassen kann. Darum bitten wir die Stadtverordneten und die Mitglieder des Landtages, sich für vertiefte Untersuchungen einzusetzen, und die Bundesregierung, die Maßnahme Havelspanne im vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes weiter zu verfolgen. So können auch in Zukunft die Lebensbedingungen der Einwohner verträglich gestaltet werden. Dipl.-Ing. Ralf Jäkel

Tram-Entscheidung verlangt kühlen Kopf

Vor wenigen Wochen schreckte die Zeitungsmeldung einer „Tram nach Eiche“ die Bewohner des Ortsteils auf; gleichzeitig hatte Ortsvorsteher Ralf Jäkel, der für DIE LINKE auch in der Stadtverordnetenversammlung mitarbeitet, diesen Punkt auf die Tagesordnung der Ortsbeiratsitzung gesetzt. Bereits die erste öffentliche Vorstellung der von der Stadt in Auftrag gegebenen „Zauft-Studie“ rief die Eichener auf den Plan, die überwiegend skeptisch reagierten: Sollte die Bahn doch bevorzugt mitten durch bebaute Wohngebiete und unberührte Landschaft geführt werden.

Recht schnell gründete sich eine Bürgerinitiative gegen die Tram. In diversen öffentlichen Veranstaltungen trugen Interessenverbände, Stadt, Politiker und vor allem auch betroffene Bewohner aus Eiche

und angrenzenden Ortsteilen ihre Standpunkte vor. Alternativen wie die Bahn und der Busverkehr sollten gestärkt und sinnvollere Linieneinführungen geprüft werden. Vorgelegte Bedarfsprognosen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen zweifelte man an. Die Bürger machten ihrem Unmut recht heftig Luft. Demgegenüber zeigten Vertreter der Stadt und der Verkehrsbetriebe kaum ernsthafte Kompromissbereitschaft.

Lange dauerte es, bis die Stadt die geforderte Bürgerversammlung einberief. Rund 150 Eichener kamen schließlich zusammen und tauschten schon etwas sachlicher ihre Argumente und Beweggründe aus. Schließlich beschlossen die Teilnehmer mit großer Mehrheit einen von der Bürgerinitiative formulierten Appell an die Stadtverordneten – denn diese werden voraussicht-

lich in ihrer Septembersitzung darüber zu entscheiden haben, welche möglichen Streckenführungen für Straßenbahnen in der Stadt intensiver geprüft werden sollen. Die anwesenden Eichener sprachen sich dafür aus, zunächst die vorhandenen Bus- und Bahnlinien zu verstärken und dann den noch vorhandenen Bedarf zu prüfen; falls eine Tram durch Eiche geführt würde, dürfe diese keine Wohnbebauung kreuzen.

Nun wird es an den Abgeordneten sein, sich ein möglichst sachliches Bild zu machen. Dabei müssen die Bedürfnisse der Einwohner von Eiche, Golm und Bornstedt ebenso im Auge behalten werden wie die der Studierenden, Wissenschaftler und Gäste der Stadt. Zu berücksichtigen sind die neu entstehenden Wohngebiete im Umfeld ebenso wie vorhandene und

sich entwickelnde Mobilitätsangebote, vor allem der öffentliche Nahverkehr. Nicht zuletzt wird man auch daran denken müssen, dass Studierende mit Fahrrädern andere Angebote brauchen als gehbehinderte Senioren. Im Raum steht eine Palette von Möglichkeiten – vom ignoranten Durchpeitschen der Wohngebietsquerung gegen den erklärten Bürgerwillen über eine alternative Streckenführung an den Wohngebieten vorbei oder bis zum Neuen Palais bis hin zum kompletten Verzicht auf eine Straßenbahn im Ortsteil. Eines sollte jedenfalls nicht passieren: Dass emotionale Befindlichkeiten die Entscheidungen in Ortsbeirat und Stadtverordnetenversammlung stärker prägen als die sachliche Abwägung verschiedener Interessen.

Evelyn Dahme

Luftschiffhafen im Aufwind

Auf Einladung des Geschäftsführers der städtischen Luftschiffhafen-GmbH, Andreas Klemund, fand unser Rathausreport live auf dem Gelände des Luftschiffhafens statt. Mitglieder der Stadtfraktion DIE LINKE und ihre Gäste hatten die Gelegenheit, ausführlich etwas über den Stand der Entwicklung des Areals zu erfahren. Wir machten uns auf, um auf einem etwa einstündigen Rundgang (Foto) Erfolge und Probleme zu besprechen. Und da gab es viel Neues zu hören und zu sehen. Los ging es in der schicken Mensa der Sportschule – modern, hell und funktional. Das gesamte Umfeld der Sportschule soll verändert und verschönert werden, einiges kann man schon bewundern, aber es soll noch weiter gehen. Bisher reicht das Geld noch nicht für alle Projekte – die Pergola und umliegende Wege sind zunächst noch gesperrt. Eine Lösung muss in den nächsten Monaten gesucht und gefunden werden.

Im Internat der Sportschule kann endlich saniert werden, damit Schülerinnen und Schüler, die ja gleichzeitig Sportlerinnen und Sportler sind, gute Bedingungen haben und in jeder in Hinsicht Leistung zeigen können. Ein Anbau soll das Hochhaus komplettieren und mehr Räume auch im Empfangsbereich schaffen.

Beim Rundgang beeindruckt immer wieder die wunderbare Lage am Wasser und die Sicht auf



die Havelseen. Dank durchgehender öffentlicher Uferwege, die wir überall in Potsdam wollen, können hier viele Erholungssuchende, ob zu Fuß, per Rad oder mit Kinderwagen, immer wieder von diesem Anblick profitieren.

Da liegt natürlich der Gedanke nahe, ob – wie in der Planung vorgesehen – entlang des Seeufers eine Seetribüne aufgeschüttet werden sollte, die einen guten Blick aufs Wasser und sogar die Sicht auf Ragattastrecken ermöglicht. Manch traditionelle Veranstaltung, wie die Wasserspiele, wäre durchaus vorstellbar. Die Begleiter auf dem Rundgang unterstützen diese ganz praktische Idee.

Das Highlight wird sicher die große Neue Sporthalle sein. Jeden Tag kann man sehen, wie sie wächst und immer vollständiger wird. Sie ist die Trainingshalle der Sportschule und zugleich wird sie Austragungsort von Wettkämpfen im Handball, Volleyball und Judo sein. Wir erwarten nationales und sicher auch internationales Wettkampfflair. Die Halle wird sehr gut ausgestattet sein, so dass das Publikum und besonders alle Aktiven attraktive Bedingungen genießen können. Den Planungen konnten wir weiter entnehmen, dass ein Café mit Außenplätzen nicht fehlen wird.

Leistungssport und Breitensport – das ist die Verbindung, die diesen

ausgewiesenen Sportstandort so wichtig für die Stadt macht. Die Linksfraktion hat frühzeitig auf das große Potential hingewiesen und wird sich weiter dafür einsetzen, dass die guten Planungen auch realisiert werden können. Dazu gehört zum Beispiel, der Turnerhalle eine Chance zu geben genauso den auf dem Gelände seit Jahrzehnten präsenten und traditionsreichen Sportclubs eine kontinuierliche Arbeit zu sichern. Grundlegende Voraussetzung ist, dass die Unwägbarkeiten in der Sportförderung möglichst schnell zu einer Lösung geführt werden.

Hans-Jürgen Scharfenberg
und Karin Schröter

Aufsichtsrat für Luftschiffhafen

Die Aufgaben der Luftschiffhafen GmbH nehmen immer mehr an Umfang und Intensität zu. Diese wachsende Verantwortung ist kaum durch den Aufsichtsrat der PRO Potsdam zu kontrollieren. Deshalb sollte eine Begleitung durch einen eigenen Aufsichtsrat geprüft werden – so der Gedankengang für einen diesbezüglichen Antrag der LINKEN-Fraktion, der auf der 33. öffentlichen SVV-Sitzung am 27. Juni 2011 als Wiedervorlage zur Beratung stand. Mit dem mehrheitlich angenommenen Beschluss erhielt der Oberbürgermeister den Auftrag „zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Aufsichtsrat für die Luftschiffhafen GmbH eingerichtet werden soll“.

Bald keine Party mehr in der „Theaterklausen“

Theaterkantinen sind das Herz eines Theaters. Dort findet das Leben statt, schiebt sich der Bühnentechniker neben dem Promi die Bockwurst rein, wird nach erfolgreichen Premieren ausgelassen gefeiert. Klingel, Aufruf, Senf aus dem Mundwinkel gewischt und auf die Bühne... Ein solcher Ort künstlerischer Freude war einst auch einmal die Theaterklausen im alten Gebäude des Hans-Otto-Theaters in der Zimmerstraße. Sie

hat als einziger Teil des Theaters den Auszug überlebt. Der Ort, an dem Karl Liebknecht sich 1914 erstmals öffentlich gegen Kriegskredite aussprach und an dem 1946 die Vereinigung von Brandenburger KPD und SPD zur SED stattfand, steht weitgehend leer. Die Theaterklausen, von einem privaten Betreiber weiter geführt, dient heute als Kantine für Mitarbeiter der Schloßerstiftung und konnte von Menschen als Partyraum ge-



müssen. Bis zum Ende des Sommers kann man die Klausen noch mieten, dann ist Schluss. Das Gebäude wird saniert. Die Schloßerstiftung wird ihr Archiv dort einziehen lassen.

Die „Theaterklausen“ steht also vor dem AUS. Demgegenüber laden andere Gastlichkeiten ein in Potsdam-West: Die „Seerose“ seit langer Zeit und das „HavelMeer“ als Newcomer – zum Beispiel...

-rb/red



mietet werden, wo man für nicht allzu viel Geld stilvoll, aber vor allem in Alleinregie feiern konnte. Dies wurde auch von der alternativen Künstlerszene genutzt und so wurde die unscheinbare Gaststätte zu einem Ort, an dem man überraschend rauschend dem Hedonismus frönen könnte. Dieses Angebot wird nun, wie viele alternative Angebote in Potsdam, bedauerlicher Weise schließen



Schwimmhalle soll in der Mitte der Stadt bleiben

Zu den neuesten Entwicklungen und Diskussionen um einen Badneubau für die Landeshauptstadt erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Anita Tack (DIE LINKE): Der mit einer knappen Mehrheit der Stadtverordneten gefasste Beschluss, für nicht mehr als 18 Millionen Euro ein neues Bad für Potsdam neben der Biosphäre zu bauen, sollte meines Erachtens unter den sich seitdem völlig veränderten Bedingungen nicht aufrecht erhalten werden. Die damals vorgerechneten Kosten haben sich inzwischen vervielfacht. Werder/Havel hat inzwischen einen privaten Investor mit dem Bau eines konkurrierenden Bades beauftragt.

Am Standort Am Brauhausberg engagiert sich eine Bürgerinitiative für deren Erhalt und gegen die vorrangige Verwertung der Fläche zum Zwecke einer dichten Wohnbebauung. Die darauf beruhende Finanzierung des Neubaus ist durch die Veränderungen der Kosten und der zu erwartenden Erlöse unmöglich geworden. Es ist an der Zeit, die teuren Pläne im Bornstedter Feld zu begraben.

Die Stadt sollte in einem städtebaulichen Wettbewerb die beste Variante für die Gestaltung des Brauhausberges finden, unter Einbeziehung der vorhandenen Schwimmhalle und des von Fachleuten als erhaltenswert eingeschätzten ehemaligen Restaurants „Minsk“ – im Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und ihrer Gäste.

Offener Brief der Bürgerinitiative „Pro-Brauhausberg“

Sehr geehrter Herr Klipp,

wie wir der Presse vom 19.07.2011 entnehmen konnten, sind Sie bereit, einen Workshop zu veranstalten, jedoch ausdrücklich ohne Beteiligung der Bürgerinitiative Pro-Brauhausberg. Zur Begründung führten Sie an, dass die Bürgerinitiative Pro-Brauhausberg lediglich Einzelinteressen von Anwohnern vertrete und Ihnen zu „partikular“ sei. Diese Behauptung, die unserer Auffassung nach bereits eine Diffamierung engagierter Bürger darstellt, weisen wir vehement zurück. Diese Äußerung zeigt, dass Sie sich nicht ansatzweise mit dem Anliegen der Bürgerinitiative Pro-Brauhausberg, den Redebeiträgen im Hauptausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung sowie den Äußerungen auf diversen Veranstaltungen wie „Mitte im Dialog“ oder „Stadtforum“ inhaltlich auseinandergesetzt haben.

Es geht nicht nur um den Erhalt der Schwimmhalle und des Minsk, sondern um städtebauliche Entwicklung der Stadt Potsdam unter Berücksichtigung der gegebenen natürlichen Ressourcen und der Frage der Wirtschaftlichkeit. Wie Sie sicherlich wissen, wurde 2004 das Rahmenkonzept „Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune“ erarbeitet, das 2005 um den Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam ergänzt wurde. Der Masterplan Stadtumbau (DS 4/2385) besagt, dass die Bürger durch frühzeitige Information, Beteiligung an Verfahren wie Ideen- und Gestaltungswettbewerbe in den städtebaulichen Entwicklungsprozess eingebunden werden sollen. Es ist sogar die Rede von einer aktiven Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements im



Rahmen der integrierten Stadtentwicklungskonzepte und einer Unterstützung in Form von Räumlichkeiten, Sachmitteln und Beratungsangeboten. Genau diesen Anspruch auf Beteiligung an der städtebaulichen Entwicklung Potsdams erheben wir.

Es war die Bürgerinitiative Pro-Brauhausberg, die darauf aufmerksam machte, dass die Umsetzung des Masterplans Krier-Kohl in seiner derzeitigen Form zu einer für Potsdam nicht zuträglichen Bebauung führen würde. Wir haben

Fakten geliefert, die belegen, dass ein Badneubau im Volkspark mit den beschlossenen Ausstattungsmerkmalen für 18 Mio. € nicht realisierbar ist, was Sie im übrigen ja auch selbst gegenüber der Presse bestätigt haben. Die Bürgerinitiative Pro-Brauhausberg setzt sich dafür ein, in einen Dialog zu treten, um fachliche Fehlentscheidungen bei der Frage der städtebaulichen Entwicklung zu vermeiden. Dieser Dialog ist bereits von Herrn Jakobs vor einiger Zeit in Aussicht gestellt worden. Wenn

es nunmehr diesen Dialog im Rahmen eines Workshops geben soll, dann wäre es nur gerecht, die Bürgerinitiative Pro-Brauhausberg daran zu beteiligen. Weiterhin sollte ein solcher Workshop transparent, ergebnisoffen und partnerschaftlich geführt werden. Wir sehen einer konstruktiven Zusammenarbeit entgegen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Daniela Kriegbaum &
Thomas Hintze
Bürgerinitiative „Pro-Brauhausberg“

Erfolgreiches Bürgerengagement

Potsdam mit Pilotprojekt „Barrierefreie Brandenburger Vorstadt“ im Innenstadtwettbewerb 2011

Unter dem Motto „Innenstadt! Barrierefrei?“ - lobt das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft den 4. Innenstadtwettbewerb im Land Brandenburg aus.

Der Wettbewerb wird konkrete Beispiele mit Nachahmungscharakter auszeichnen und öffentlich machen. Gefragt sind der Abbau und die Vermeidung von Barrieren. Mit dem Wettbewerb sollen Anstöße für zukunftsfähige Projekte gegeben werden. Es sollen Beispiele für ähnliche Initiativen geboten werden und zur Sensibilisierung für dieses Thema beigegeben werden.

Gesucht sind beispielgebende und kreative Maßnahmen zur Um-

setzung barrierefreier Innenstädte. Es stehen insgesamt 25.000 Euro Preisgeld zur Verfügung, die von einer Jury, bestehend aus bekannten Fachleuten, vergeben werden.

Abgabeschluss war der 31.05.2011, die Bekanntgabe und Prämierung der Wettbewerbssieger erfolgt in einer öffentlichen Veranstaltung im September 2011.

Das Pilotprojekt „Barrierefreie Brandenburger Vorstadt“ der Landeshauptstadt Potsdam wurde als Wettbewerbsbeitrag eingereicht. Die Vorlage wurde den Stadtverordneten in der Sitzung vom 01.06.2011 ausgereicht. Der Antrag wurde vom Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen in

Abstimmung mit dem Verein Brandenburger Vorstadt e.V. und dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung erstellt.

Potsdam bewirbt sich bewusst mit diesem exemplarischen Projekt, da hier in hohem Maße eine konstruktive Vernetzung von bürgerschaftlichem Engagement mit Politik und Verwaltung stattfand.

Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit wurden dann konkret in eine barrierefreie Gestaltung der Brandenburger Vorstadt umgesetzt, dies immer unter Einbindung der Betroffenen. Erste finanzielle Mittel konnten ebenso bereitgestellt werden.

Die außerordentlich schlechte

Befahrbarkeit der Gehwege und Kreuzungsquerungen wurde nun Stück für Stück verbessert.

Mit viel Kreativität und Einsatz, vor allem des Vereins Brandenburger Vorstadt e.V., gelang es, behinderte und nichtbehinderte Menschen für dieses gemeinsame Ziel zu aktivieren. Straßenfeste, Benefizveranstaltungen, Diskussionsforen bis hin zum Stadtverordnetenbeschluss machten dieses Bürgerengagement zu einem Erfolgsprojekt.

„Die Landeshauptstadt Potsdam beteiligt sich mit großer Zuversicht an diesem Wettbewerb und hofft auf eine gute Platzierung“, sagte Häschel (Siehe auch Seite 11).

Ultras Babelsberg – mehr als ein Fanklub

Der Ortsteil Babelsberg hat nicht nur einen schönen Park, Badestrände am Havelufer, das geschichtsträchtige Filmgelände und die weltweit einzigen abknickbaren Flutlichtmasten, sondern auch das berühmte Karl-Liebkecht-Stadion, in dem sowohl Babelsberg 03 als auch der FFC Turbine Potsdam ihre Heimspiele austragen. Der beste Platz im Stadion ist die Ostkurve. Denn dort versammeln sich zu den Spielen die „Ultras Babelsberg“, die ihre Transparente von Karl Liebkecht schwenken und sich auch außerdem jede Menge Gedanken über antifaschistische Politik machen. Wer sind die „Ultras“ und was wollen sie? Darüber fanden wir auf ihrer Homepage (www.ultras-babelsberg.info) folgende Auszüge.

„Ultras Babelsberg“ versteht sich als Gruppe, die sich dem kreativen Support und der Weiterentwicklung der Fankultur in Babelsberg verschrieben hat. Die Babelsberger Fanszene ist für uns der Dreh- und Angelpunkt unserer Aktivitäten. Diese Fankultur ist für uns kreativ, unabhängig, emanzipiert, offen und eindeutig antifaschistisch. Diese Werte wollen wir verteidigen und an diesen Werten wollen wir unsere Aktivitäten als Gruppe messen lassen.

Ultra sein bedeutet Leidenschaft für Mannschaft und Fanszene

Diese Leidenschaft zeigt sich im Stadion, in dem wir unsere Equipe supporten und die Kurve als Frei-

raum für uns und andere Fans erhalten wollen. Support muss aus der Leidenschaft, dem Spass, der Lust entstehen und kann nicht erzwungen werden. Die Leidenschaft muss den Support antreiben und sonst nichts.

Ultra sein bedeutet Autonomie

Als Gruppe werden wir nicht mit dem offiziellen Verein zusammenarbeiten. Kurve und Szene haben für uns den größten Stellenwert. Es ist für uns entscheidend, dass die Interessen der Kurve unabhängig vertreten werden können. Weil es unmöglich ist, in Konfliktsituationen sowohl die Interessen der Kurve als auch die Interessen des Vereins in gleichem Maße zu vertreten, kann man kein Mitglied unserer Gruppe sein und

gleichzeitig eine Funktion im Verein wahrnehmen. Wir werden jedoch alles tun, was dem Verein im Sinne der Ultras zu Gute kommt – ohne unsere Unabhängigkeit aufzugeben.

Ultra sein bedeutet, politisch zu sein

Es ist für uns selbstverständlich, dass jede Form von Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus im krassen Widerspruch zu unseren Idealen stehen. Entscheidend sind für uns weder Geschlecht noch Hautfarbe, sondern Leidenschaft und Engagement. Doch Politik hört für uns an dieser Stelle nicht auf, sondern muss auch den solidarischen Umgang miteinander bedeuten. Politisch sein bedeutet auch, Konflikte aus-



tragen zu können, ohne dass am Ende nicht mehr um Inhalte, sondern Personen gestritten wird. Auf der Grundlage der klaren Ablehnung von Faschismus wollen wir eine Streit- und Konfliktkultur in der Szene am Leben erhalten.

Ultra sein bedeutet auch außerhalb des Stadions für unsere Ideale einzustehen

Gerade Babelsberg bedeutet für uns eben Kiez UND Verein. Dabei ist es nicht entscheidend, ob man im Kiez wohnt, sondern ob man sich mit ihm und dem, was wir damit verbinden, identifiziert. Dazu gehört aber auch, dass eine aktive Fanszene sich als Teil der Kultur im Kiez versteht und versucht, sich hier zu engagieren. Wir als Gruppe wollen, dass unsere Fankultur und ihre Ideale auch im Kiez und darüber hinaus wahrnehmbar sind.



Im November 2010 legten Ultras die verdeckte Gedenkplatte am Babelsberger Weberplatz (IHK-Gebäude) für den ermordeten Babelsberger Jungkommunisten Herbert Ritter frei. Foto: PaS/Archiv

Jugendliche forschen und gedenken Herbert Ritters

Interview mit den „Ultras Babelsberg“/Aus „Katjuscha“ (VVN/BdA), Mai 2011 (gekürzt)

Eure Gruppe hat ja im November 2010 die Herbert-Ritter-Gedenkveranstaltung durchgeführt. Wie seid ihr auf Herbert Ritter gestoßen?

Im Buch „Arbeiterbewegung im Kreis Potsdam“ aus DDR-Zeiten ist er erwähnt. Das las sich sehr interessant, weil er auch ein ganz normaler Jugendlicher war, als er erschossen wurde...

Habt ihr im Zusammenhang mit der Herbert-Ritter-Recherche auch die Gerüchte gehört, die angeblich heute noch in Babelsberg kolportiert werden, Ritter sei ein Rowdy gewesen?

Ja, die haben wir auch gehört. Die Wirtin aus der Sportlerkneipe Hiemke – das ist die Kneipe, wo draußen die Tafel hängt, dass sich dort eine KPD-Gruppe gegründet

habe – erzählte, dass ihre Großmutter meinte, Ritter sei ein wüster Schläger gewesen und die Auseinandersetzung mit der SA, bei der er ermordet wurde, hätte keinen politischen Hintergrund gehabt. Sie sagte, es sei eine Reiberei zwischen Jugendbänden gewesen, und es sei außerdem um eine Frau gegangen.

Und ließ sich dieses Image „geraderücken“?

Wir haben in den Akten, die wir dann gelesen haben, nichts gefunden, was ihn als wüsten Schläger charakterisierte. Und dass es bei der Auseinandersetzung mit dem SA-Mann um eine Frau gegangen sei, ist ein beliebtes Mittel, um politische Gründe unter den Tisch fallen zu lassen und zu bagatellisieren – gerade bei politischen Morden.

Welche Quellen habt ihr Euch angesehen?

Wir haben uns durch viele Archive gekämpft: Stadtarchiv in Potsdam, das Landes- und sogar das Bundesarchiv. Die Vernehmungsakten sind leider verschollen. Aber es gibt die Sterbeurkunde noch, auf der vermerkt ist, dass es sich um eine politische Tat gehandelt hat. Wir konnten herausfiltern, wie es zu der Tat gekommen ist und wie die Polizei ermittelt hat. Es stand damals in verschiedenen Zeitungen, dass die Polizei dem Mörder mehr Glauben schenkte als den Zeugen. Die Zeugen galten als wenig glaubhaft, weil sie Kommunisten waren und deshalb eine „sehr zweifelhafte Einstellung“ gehabt hätten...

Der Mörder war bekannt und ist nicht bestraft worden. Eure Gruppe will aber weiter dranhängen an Herbert Ritter?

Ganz richtig. Da gibt es eine alte Lehrerin in Babelsberg, die einiges weiß und mit der wir uns treffen werden. Wir wollen auch Geld sammeln für die Restaurierung des Grabsteins von Herbert Ritter. Die Schrift ist kaum noch lesbar. Außerdem werden wir die Geschichte des Freiland-Geländes in Potsdam – gemeinsam mit den dortigen Jugendlichen – aufarbeiten. Dort war früher das Zwangsarbeiterlager für Arado. Und schließlich würden wir gern für Babelsberger KommunistInnen, die deportiert wurden, Stolpersteine verlegen. Und letztlich: Vielleicht können wir auch noch was zum Gedenken an Walter Junker machen...

Die Arbeitsgemeinschaft „Gedenken – Erinnern – Mahnen“ der „Ultras Babelsberg“ beschäftigt sich mit der Geschichte des Nowaweser Kiez, in dem sich das Stadion unseres Vereins befindet. Die (politischen) Wurzeln Babelsbergs liegen in der Historie Nowaweser. Eine starke ArbeiterInnenbewegung und ein kämpferischer Antifaschismus zeichneten unseren Kiez aus. Viele Gedenkstätten und Mahnmale, die daran erinnern, wurden im Kiez und in der ganzen Stadt nach der politischen Wende getilgt.

Wir haben uns darum zur Aufgabe gesetzt, einen Teil der politischen und gesellschaftlichen Bildung in dieser Stadt wahrzunehmen. Die AG sammelt und recherchiert Fakten über vergessene Orte und Personen. Sie möchte diese wieder



in das allgemeine Bewusstsein der Stadt zurückbringen, um ihres Wirkens und Kämpfens für eine Gesellschaft frei von Unterdrückung zu gedenken.

Zur Zeit arbeiten wir auch an weiteren Projekten im geschichtlichen und politischen Kontext, wie über Zwangsarbeit in Potsdam oder allgemein über den Rechtsextremismus in all seinen Facetten.

Ökologie für alle

DIE LINKE unterstützt alle Schritte in die richtige Richtung. Sie sagt aber auch: Das gesamte Arsenal systemkonformer Öko- und Effizienzstrategien kann nur begrenzte Wirkungen haben, wenn auf den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft verzichtet wird. Deshalb ist die ökologische Frage auch eine Systemfrage.

Was das bedeutet, kann an drei Thesen gezeigt werden.

Erstens: Je gerechter Einkommen, Vermögen und Arbeitszeiten verteilt sind, desto stärker wird die Bereitschaft, den ökologischen Umbau voranzutreiben.

Zweitens: Je mehr der Markt ökologisch versagt, desto stärker muss die politische Lenkung volkswirtschaftlicher Strukturen sein.

Daraus folgt drittens: Je stärker der öffentliche Sektor, desto größer die Chance, ökologische Politik auf direktem Weg zu verwirklichen.

Mehr soziale Gerechtigkeit, ökologische Lenkung von Infrastrukturen und ein handlungsfähiger öffentlicher Sektor – diese drei Grundsätze sind für Linke unverzichtbar. Nur mit ihnen wird eine Veränderung unserer Lebensweise möglich, die von den Bürgerinnen und Bürgern auch akzeptiert wird. Wer den umfassenden grünen Wandel will, darf das rote Projekt der Gleichheit nicht vergessen. Mehr unter: http://www.linksfraktion.de/ clara/energie-wende-starten-2011-06-30-1/oe_kologie-alle/

Der Fall des Hauses Dietz

DIE LINKE.Ortsverband Potsdamer Mitte spricht sich gegen Abrisspläne eines Baudenkmals aus

Die andauernde Diskussion und der mittlerweile beschlossene Abriss des Hauses Dietz in Potsdam bewegt den Ortsverband Potsdamer Mitte der Partei DIE LINKE, erneut und mit Nachdruck gegen diese Fehlplanungen zu protestieren. Profitgier und Egoismus sind dabei, einen der letzten wenigen Kontraste zur barocken Baukultur in Potsdam zu vernichten.

Schlimmer ist jedoch, dass der

nun vorgestellte Entwurf für eine Neubebauung daran zweifeln lässt, dass sich seriöse Architekten tatsächlich mit dem Thema Kurfürstenstraße auseinandergesetzt haben. Die Idee des fünfgeschossigen Riegels schmeckt ein wenig nach einer misslungenen Mischung stalinistischer Architektur mit dem Thema der italienischen Villa. Brauchen wir das wirklich? Wo ist da der Denkmalschutz in Potsdam

verloren gegangen? Muss ein roter Flitzer durch einen billigen Kombi ersetzt werden? Wenn das in unserer Stadt passiert, wird die Mitte nicht mehr schön sein! Denn wer kann garantieren, dass das kein Startschuss für mehr Baukulturverwirrung ist?

Wer als Verantwortlicher in der Stadt solche Entscheidungen mitträgt, gehört nicht in Amt und Würden! Eher ins Planungsbüro

eines großen deutschen Bahnunternehmens.

Der Ortsverband Potsdamer Mitte der Partei DIE LINKE spricht sich erneut für einen sofortigen Stopp aller Abrisspläne und Neubebauungspläne der Kurfürstenstraße 24/25 aus. Leon Lenk

Protestaktion erfolgreich

Die lokale Tagespresse informierte in der Zwischenzeit, dass Markus Wicke, Vorsitzender des Fördervereins des Potsdam-Museums, vor knapp einem Monat mit dem Verein Architrav die Petition gegen die Zerstörung „des bau- und stadgeschichtlich wertvollen Gebäudes“ initiiert hatte. Per 18. Juli waren bereits „745 Unterschriften gegen Haus Dietz-Abriss“ gesammelt. „Die Initiatoren der Petition wollen den Stadtverordneten mindestens 1000 Signets übergeben“. Neben Potsdamern hätten im Internet auch Architekturfreunde aus Berlin ihrem Protest Ausdruck gegeben. „Besonders positiv überrascht waren wir von der Breite des Protestes, der aus allen politischen und sozialen Richtungen artikuliert wurde“, so Wicke.



Die „Rettung“ Griechenlands -

oder die Kreditkrise ohne Ende und ihre Folgen für den Euroraum/Von Karl Wild

Im Juni 2011 beherrschte weltweit das Thema Griechenlandkrise aufgeregt die politische Klasse und deren Abbildung in den gelenkten Medien. Die Katastrophe in Fukushima, der Klimawandel und die Aufstände und Kriege in Afrika bis hin zu Afghanistan in Asien wurden auf die Plätze in der Rangordnung des alltäglichen Wahnsinns verwiesen.

Panische Sorge beherrschte die Meinungsmacher wegen Griechenland, und die Welt schien fast am Abgrund zu stehen. Schien. Denn am 29. Juni war mit der Annahme eines zusätzlichen Sparpaketes von schlappen 78 Mrd. Euro durch das griechische Parlament mit der knappen Mehrheit von 155 Stimmen der „sozialistischen“ Regierungspartei, wobei einer ihrer Abgeordneten dagegen stimmte wie einst Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite, die Finanzwelt vorübergehend wieder in Ordnung gebracht und unser ungeliebter „Euro“ fürs erste gerettet.

Ein genauerer Blick auf das griechische Sparpaket lohnt sich. Von den über die drastischen Sparmaßnahmen der letzten Jahre und Jahrzehnte hinaus gehenden 78 Mrd. Euro sollen 28 Mrd. direkt von den Bürgern und 50 Mrd. durch die Privatisierung öffentli-

chen Eigentums - staatliche Unternehmen, Grund und Boden - aufgebracht werden. Wer denkt da nicht an die „Erfolgsgeschichte“ der deutschen Treuhand und die Umwandlung des DDR-Eigentums. „Honni soit qui mal y pense!“ *)

Die Kreditkrise der Staaten mit ihrer öffentlichen Verschuldung in der Eurozone, nicht vergessen sollte man auch die auf der Kippe stehenden Staatsschulden z.B. in Japan und aktuell in den USA, hatte vor Griechenland im Gefolge der Lehmanpleite 2008 Irland und Portugal erfasst und milliarden-schwere Rettungspakete mussten und müssen von der EU geschnürt werden. Hunderte Mrd. Euro wurden bereitgestellt und weitere Hunderte von Mrd. Euro sind für die nächsten Jahre in der Pipeline der „Rettungsschirme“ von EU, IWF, EZB und der öffentlichen Hand.

Im Juli 2011 geht es um die Beteiligung der „Privaten“ an den Kosten der Krise, die überwiegend doch wie die KfW, die Commerzbank und die „bad bank“ der Unicredit unter staatlicher Kontrolle stehen. Mehrere Milliarden Euro soll so der Privatsektor in Deutschland aufbringen ... in Form von neuen Krediten mit längeren Laufzeiten. Auf ewig sollen Griechen-land, wie die anderen Schul-

denkandidaten, für Zinsen und Zinseszins bluten! Den „empörten Massen“ wird kein anderer Ausweg bleiben, als die politische Klasse in ihren jeweiligen Ländern anzugreifen. Wohl vergebens!

Die in Hand von Milliarden sich befindenden drei monopolistischen US-amerikanischen (!) Rating-Agenturen Fitch, Moody's und S&P geben den Takt der Krise vor. Das Augenmerk der Spekulanten soll sich vorerst weiter nach Europa ausrichten, z.B. nach Italien oder Belgien.

Ausblick

Was interessiert uns Bundesbürger die Krise im Euro-Raum? Letztendlich werden wir in Form von höheren Preisen, steigenden Zinsen, Steuergeschenken an die Reichen im Lande, fallenden Reallöhnen und niedrigeren Sozialleistungen die Zeche bezahlen müssen. Dies ist gewiss! Und was hat der „Grieche“ von seinen „Sparpaketen“ zu halten? Trotz wiederkehrenden Generalstreiks, hauptsächlich im Noch-Staatssektor, und Massendemonstrationen der „empörten“ Mittel- und bisherigen Wohlstandsschichten wird z.B. das griechische Parlament jede soziale Schweinerei absegnen. Im schlimmsten Fall drohen Neuwahlen oder die bereits stillschweigend

funktionierende große Koalition aus konservativer Nea Demokratia und gar nicht sozialistischer PASOK. Im Herbst, nach der verdienten Sommerpause, werden wir Genaueres erfahren.

Und der Euro, der angeblich in der Krise steckt? Er bleibt auf hohem Niveau gegenüber der alten Leitwährung US-Dollar, Krisengerede hin oder her. Und gerade Deutschland, bereits Gewinner der Weltwirtschaftskrise seit 2008, steht glänzend da und kann sich, dank immenser Überschüsse im Export, auf der Gewinnerseite sehen. Verlierer sind nicht nur die Griechen, Italiener, Iren, Spanier oder Portugiesen, sondern all diejenigen im Euro-Raum, die ihren Lebensunterhalt nicht durch Profitmaximierung bestreiten können. Je größer die Krise und die Krisenpanik, desto größer die Gier nach noch höherem Profit.

Wir hier in Potsdam sehen seit Jahren, wer in der anhaltenden Krise bei gleichzeitiger Hochkonjunktur zu den Krisengewinnern und Krisenverlierern gehört. Eine neue andere Politik braucht Stadt und Land, dies ist gewiss!

*)heutige Übersetzung: „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“, siehe Wikipedia.

Mehr Sensibilität für behinderte Menschen

**Erster Report des Beauftragten für Menschen mit Behinderung:
Appell an Politik und BürgerInnen, sich aktiv an der Umsetzung der UN-Konvention zu beteiligen**

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung Karsten Häschel erläutert in seinem ersten Report einige aktuelle Themen wie Barrierefreiheit, inklusive Bildung und selbstbestimmtes Leben in der Landeshauptstadt Potsdam. „Ziel des Reports ist es, die Stadtverordneten kurz und bündig über die aktuelle Situation der behinderten Menschen in Potsdam zu informieren und damit den Fokus auf bestimmte Inhalte zu lenken“, sagte Karsten Häschel. Schwerpunkt ist die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung, die seit dem 26.03.2009 rechtsverbindlich für die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde. Für Potsdam bedeutet dies, dass die Stadt durch Beschluss der SVV vom 03.11.2010 (10/SVV/0759) ein Konzept für einen Teilhabeplan bis zum Ende des Jahres 2011 erarbeitet und dann sukzessive in den nächsten Jahren umsetzt. Die Erstellung erfolgt in Form eines Werkstattverfahrens in fünf Arbeitsgruppen (AG):

1. AG Barrierefreie Umwelt
2. AG Bildung und Kultur
3. AG Arbeit und Beschäftigung
4. AG Freizeit und Sport
5. AG Soziale Sicherheit/Teilhabe

Diese AG werden gelenkt durch eine Steuerungsgruppe, die Ziele werden evaluiert. Weiterhin ist eine Abschlusskonferenz für 2012 geplant.

Der Teilhabeplan ist eine Einschätzung und Empfehlung für die Politik, die dann aufgefordert

ist, die entsprechenden organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Kernbereiche sind die o.g. Schwerpunkte, dies bedeutet prioritär die Umsetzung umfassender Barrierefreiheit in allen menschlichen Lebensbereichen, Einführung eines inklusiven Schul- und Bildungssystems, Zugang zum 1. Arbeitsmarkt und die Bereitstellung ausreichender Mittel für ein selbstbestimmtes Leben (z.B. Assistenzleistungen im Rahmen des Arbeitgebermodells, persönliches Budget).

Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die allen Menschen gleichberechtigt Zugang zu Bildung und Arbeit verschafft und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Der Report möchte an Politik und Gesellschaft appellieren, sich umfassend an dem Umsetzungsprozess zu beteiligen. Konkret heißt dies, in den Arbeitsgruppen teilzunehmen und die erarbeiteten Ziele durch Anträge in den politischen Entscheidungsprozess zu involvieren.

Karsten Häschel macht in diesem Zusammenhang deutlich:

„Die Umsetzung der UN-Konvention ist ein großes Thema, welches von allen Beteiligten einen „langen Atem“ erfordert. Nur wenn es gesamtgesellschaftlich gelingt, Sensibilität für die Belange von behinderten Menschen zu erreichen, wird die Umsetzung der UN-Konvention ein Erfolg.“ Zugleich wünscht sich der Beauftragte hier „immer das rechte Augenmaß aller Beteiligten hinsichtlich der Langfristigkeit und auch der heute nur schwer abschätzbaren Größe der vor uns liegenden Aufgaben.“



„Ich nehm's jetzt in die Hand!“

ISL-Empowerment-Training für Menschen mit Behinderungen in Brandenburg/ Fortbildungsseminar Herbst 2011

Empowerment – was ist das? „Empowerment“ ist ein Konzept in der sozialen Arbeit und in der Gesundheitsförderung, das sich seit den 80-er Jahren international durchgesetzt hat. Leider ist der Begriff „Empowerment“ schlecht ins Deutsche zu übersetzen. Er steht dafür, sich auf die eigenen Kräfte und Stärken zu besinnen, sie gezielt zu entdecken und einzusetzen. Empowerment ist also ein Prozess, durch den Menschen mehr Kontrolle über Entscheidungen und Handlungen erlangen, die ihr Leben beeinflussen.

In der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK), die für die Bundesrepublik am 26. März 2009 in Kraft getreten ist, findet sich das Konzept des Empowerment ebenfalls wieder. Speziell in Artikel 6, Absatz 2 (Frauen mit Behinderungen), wird es verankert und trägt

damit der Situation Rechnung, dass Frauen mit Behinderungen häufig mehrfache Diskriminierungen erleben.

Ein Trainingsangebot in Brandenburg: Empowerment kann man lernen. Deshalb bietet die ISL ein Training an, das in besonderer Weise auch die Interessen behinderter Frauen berücksichtigt. Neben der Stärkung der persönlichen Kräfte soll die politische Bildung im Mittelpunkt des Trainings stehen.

Im Hinblick auf die BRK wird das Training deshalb auch ein Training unter dem Aspekt der Menschenrechtsbildung sein.

Wo findet das Training statt? Das Training findet an vier Samstagen jeweils von 9.30 – 17.30 Uhr im Bildungszentrum Erkner (www.bz-erkner.de) Seestr. 39, 15537 Erkner statt. Die Schulungs-

termine sind: 24. September 2011, 22. Oktober 2011, 5. November 2011, 19. November 2011. Das BZ Erkner ist mit der S3 oder RE 1 barrierefrei erreichbar.

Wer kann teilnehmen? Es können 15 Personen mit unterschiedlichen Behinderungen oder chronischen Erkrankungen aus Brandenburg teilnehmen. Dabei muss gewährleistet sein, dass die Teilnehmenden an allen vier Trainingseinheiten anwesend sind, da die Inhalte der Trainingseinheiten aufeinander aufbauen.

Was wird gelernt? 24. September: Ich weiß, was ich will! (Was ist Empowerment? Was sind meine Stärken? Grundlagen von Selbstbestimmung und Selbstvertretung)

22. Oktober: Ich weiß, wer ich bin! (Menschenrechte, Behindertenrechtskonvention, Würde,

Selbstbild, Behinderung, geschlechtsspezifische Aspekte)

5. November: Ich weiß, wie es geht! (Grundlagen der Kommunikation, Verhandlungsstrategien, Verantwortungsübernahme)

19. November: Ich setze mich durch! (Politisches System in Deutschland und Brandenburg, Gestaltung politischer Prozesse, Vernetzung, Zusammenwirken mit Behörden)

Trainerinnen: Das Training wird von der Interessenvertretung Selbstbestimmtes Leben in Deutschland e.V. (ISL) durchgeführt.

Die Trainerinnen für die ISL e.V. sind Eileen Moritz und Meike Günther.

Kosten: Das Training ist kostenlos und wird aus Lotto-Mitteln des Landes Brandenburg gefördert. Die Teilnehmenden müssen ihre Reisekosten selbst übernehmen.



Anmeldung – Ich nehm's jetzt in die Hand! – Fortbildungs- seminar 2011

Bitte per mail an info@isl-ev.de (Katarina Franz) oder per Fax an 030- 4057 3685

In Ihrer Anmeldung sollten folgende Informationen enthalten sein:

Ich melde mich für alle vier Samstage des Empowerment-Trainings im Bildungszentrum Erkner verbindlich an.

Name; Vorname; Organisation, Funktion; Straße, Haus-Nr.; PLZ, Ort; e-mail und Telefon.

Ich komme mit Assistenz:
o ja o nein
Ich benötige folgende barrierefreie Angebote/angemessene Vorkehrungen.

Sie erhalten nach Ihrer Anmeldung eine Bestätigung über die Teilnahme bzw. über die Aufnahme auf eine Nachrückliste.

Anmeldeschluss: 31. August 2011!

Kontakt und Info: Interessenvertretung Selbstbestimmtes Leben in Deutschland e.V. (ISL) - Bundesgeschäftsstelle, Krantorweg 1, 13503 Berlin, Tel: 030/4057-1409, Fax: 030/4057-3685, info@isl-ev.de www.isl-ev.de

Sudoku

	3		2		5			7
9								6
4	7		1		8		2	9
	9			3			5	
6								7
	2			1				9
5	1		6		2		4	3
7								2
	4		9		3			6

Auflösung Juli

9	8	4	1	2	3	7	5	6
5	2	1	4	6	7	8	9	3
7	3	6	9	5	8	4	2	1
1	5	9	2	3	4	6	7	8
4	7	3	8	9	6	5	1	2
2	6	8	7	1	5	9	3	4
3	4	7	5	8	2	1	6	9
8	1	2	6	7	9	3	4	5
6	9	5	3	4	1	2	8	7

20 Jahre linke politische Bildung in Brandenburg

Rosa-Luxemburg Stiftung Brandenburg feierte Jubiläum

Als vor 20 Jahren die in der DDR sozialisierten Menschen den mächtigen Umbruch ihrer Verhältnisse am eigenen Leben spürten, als zuvor heiß begehrte Arbeitskräfte sich von einem Tag auf den anderen auf der Straße sahen, als hoch gebildete Fachleute aus Verwaltung und Wissenschaft „abgewickelt“ und durch „Westimporte“ ersetzt wurden – gab es Wissenschaftler, die ihr Wissen und ihre Erfahrung nicht in die Schublade legen wollten. Selbstkritik und Kritik waren nötig und Visionen für den Umgang mit den neuen Verhältnissen.

23 Persönlichkeiten fanden sich am 6. Juni 1991 zusammen, gründeten den „Brandenburger Verein für politische Bildung ‚Rosa Luxemburg‘ e.V.“ und wählten Dieter Wollenberg zum Vorsitzenden. Der

derzeitige Vorsitzende Prof. Dr. Siegfried Prokop ließ bei der Festveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen im Saal des Kabarets „Obelisk“ die Zeit noch einmal Revue passieren, erinnerte an die mit Jahresbeginn 1992 begonnene erste

Veranstaltungsreihe „Erlebte Geschichte – Zeitzeugen im Gespräch“, die mit dem Schauspieler Erwin Geschonneck startete, „den Nerv der Zeit traf und dem Verein bis 2001 volle Säle und ein erfreuliches Medienecho bescherte“. An-

dere Reihen schlossen sich an, wie das „Potsdamer Kolloquium zur Außen- und Deutschlandpolitik“. Bewährt habe sich auch die jährliche Vergabe des wissenschaftlich-publizistischen Förderpreises der Stiftung an Hochschulabsolventen, von denen Steffen Kludt mittlerweile den Generationswechsel im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg verkörpert. Beachtliche eigene Akzente in der politischen Bildung setzten die Regionalbüros in Brandenburg/Havel, Frankfurt/Oder und Senftenberg. Kooperationsbeziehungen unterhält die Brandenburger Stiftung mit der „Hellen Panke e.V.“ Berlin, dem Filmmuseum Potsdam, der Grünen Liga Cottbus und dem Brecht-Weigel-Haus in Buckow.

rd



Arbeiten aus FÜNFZIG Jahren

Eine Werksausstellung aus fünfzig Jahren eigenen Wirkens unter dem Titel „Rückblicke Signet – Plakat – Foto“ konnte der Potsdamer Grafiker, Fotograf und Ausstellungsmacher Siegfried Lachmann (Mitte) im Juli in den Räumen der Alleestraße 3 eröffnen. In seiner Laudatio würdigte der Potsdamer Fotokünstler Peter Frenkel (l.) das Schaffen Lachmanns.

Die Ausstellung ist im Haus der Partei in der Alleestraße noch bis zum 31. August 2011 zu sehen.

Foto: R. Frank

Sommermärchen ?

Wer hatte nur die Idee zu diesen dummen Vergleichen? „Jungs – wir rächen Euch!“ stand auf dem einen und auf dem anderen Plakat „3. Plätze sind etwas für Männer.“ Und von der Fortsetzung des Sommermärchens wurde allerorten erzählt...

Immer, wenn ich die großen Plakatwände sah, habe ich mir vorgestellt, wie der wohl aussieht, der solche Texte in Umlauf bringt? Und ich stellte mir einen zentnerschweren Kerl vor, der meint, dass der Ball eigentlich eine Scheibe sei und Fußball nur miteinander und eben nur auf ein Tor gespielt wird und dass sowieso immer nur die Deutschen gewinnen.

Die Spielerinnen der Nationalmannschaft sahen sich nicht nur im 3-Monate währenden Trainingslager (78 Trainingseinheiten, habe ich irgendwo gelesen); sie begegneten sich bei diversen „Events“ und Werbemaßnahmen. Warum fällt mir gerade jetzt Eberhard Esche ein?

„Event?“ – die Alternative, die ein moderner Computer dazu „ausspuckt“ lautet: „Elend!“

Vielleicht war es zu viel des Guten, der Druck und die Erwartungen in der Öffentlichkeit und bei den hochkarätigen Sponsoren zu groß. Kann sein, dass im Unterbewusstsein die eine oder andere Mannschaft auch unterschätzt wurde. Vieles ist möglich.

So war dann auch die Landung aus dem gedachten Märchen auf dem Boden der Realität außergewöhnlich hart.

Und während noch über den entgangenen Gewinn des dritten Sterns geredet wurde, war die ebenso verlorene Olympiaqualifikation noch nicht einmal im Kopf der meisten angekommen.

Bitter, im Viertelfinale ausgeschieden zu sein; bitter, nicht Weltmeisterinnen geworden zu sein – aber die Krone der Bitterkeit ist, in London

bei Olympia 2012 nicht dabei sein zu können.

Da wird es sehr auf die Vereine in der Frauen-Bundesliga ankommen, möglichst lange im internationalen Wettbewerb dabei zu sein und damit mit der Champions-League wenigstens etwas internationales Flair in die Stadien und vielleicht auch in die Wohnzimmer (via TV) zu bringen.

In diesem Sinne freue ich mich – bei aller Enttäuschung – auf die neue Saison.

Sie wird in Potsdam auch durch die Mannschaft internationaler. Denn mit Chantal de Ridder (aus Holland), Genoveva Anonma (Äquatorialguinea), Antonia Göransson (Schweden) kommen neue Spielerinnen ins Team des 1. FFC Turbine, bei dem es am 21. August im Karl-Liebknecht-Stadion in Babelsberg gegen den HSV heißt: Auf geht's in die neue Saison.

Rolf Kutzmutz

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 02.08.2011, 14.00 Uhr: „Sommer – Sonne - Lebensfreude“. Sommerfest mit viel Musik. Manfred Bischoff und Gerald Meister gestalten diesen Nachmittag mit Sprüchen, Rätseln und Liedern und mit bekannten Melodien zum Mitsingen, Schunkeln und Tanzen. *Dahlweid

Mittwoch, 03.08.2011, 18.00 Uhr: Ortsvorstandssitzung DIE LINKE. Potsdam-Süd im Café Exner, Friedrich-Engels-Straße. Nachdem das Café Exner als Sitzungsort vom Ortsvorstand und seinen zahlreichen Gästen wohlwollend angenommen worden war haben wir vereinbart die nächste Sitzung wieder dort abzuhalten. Und nochmals wird das erste Getränk vom Ortsverband spendiert.

Dienstag, 09.08.2011, 14.30 Uhr: „Spiel mir eine alte Melodie ...“ Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder –

die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen. Teil 8: Die Sechziger. *Dahlweid

Mittwoch, 10.08.2011, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“ - Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Dienstag, 16.08.2011, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff. Sie können bekannte Melodien raten, aber auch so manches Lied mitsingen oder nach bekannten Walzermelodien tanzen. Es gibt kleine Preise zu gewinnen. *Dahlweid

Donnerstag, 18.08.2011, 18.00 Uhr: Limks-historischer Stadtspaziergang durch Babelsberg mit Dr. Almuth Püschel. Treffpunkt: Kulturhaus Babelsberg.

Donnerstag, 18.08.2011, 18.00 Uhr: DIE LINKE lernt ... Wie man gleichzeitig aus Atomstrom und Kohle aussteigt. Eine Veranstaltung aus dem „Bildungskatalog der Potsdamer LINKEN“. Referent: Nico Blume (Greenpeace). Ort: Alleestr. 3.

Sonabend, 20.08.2011, 13.00 – 22.00 Uhr: 22. Sommerfest der LINKEN in Potsdam. Ort: Neuer Lustgarten, Potsdam

Montag, 22.08.2011, 14.30 Uhr: „Eine Reise in die schönsten Nationalparks der Erde, Teil 1“. Besuchen sie mit Karl Kreuzt einige der schönsten Nationalparks wie den Glacier Bay in Alaska, den Corcovado in Costa Rica und den Grand Canyon Nationalpark in Arizona. *Dahlweid

Dienstag, 23.08.2011, 14.30 Uhr: Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“. Heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe für unsere Seniorinnen und Senioren mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *Dahlweid

Mittwoch, 24.08.2011, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“ - Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Donnerstag, 25.08.2011, 18.00 Uhr: DIE LINKE trifft ... Robin Wood. Eine Veranstaltung aus dem „Bildungskatalog der Potsdamer LINKEN“. Referent: Daniel Häfner (Umweltschutzgruppe „Robin Wood“). Ort: Alleestraße 3.

Freitag, 26.08.2011, 15.00 Uhr: 50 Jahre „Die Kinder von Golzow“. Eine fil-

mische Langzeitdokumentation von Barbara und Winfried Junge. Mit Lothar Bisky, Kerstin Kaiser, Barbara und Winfried Junge, Birgit Mehler. Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ort: Filmmuseum Potsdam. **rls

Mittwoch, 31.08.2011, 15.00 Uhr: Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde. Stadthaus, Plenarsaal Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Sonntag, 04.09.2011, 10.00 Uhr: Frühschoppen „Rathausreport live“ im Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28, Stadtteil am Schlaatz

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Edisonalle 11 im Zentrum-Ost
**rls: Rosa-Luxemburg-Stiftung Potsdam